

Bericht der Bundesregierung über den G7-Gipfel in Biarritz vom 24. bis 26. August 2019

Vom 24. bis 26. August 2019 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G7 in Biarritz/Frankreich zum diesjährigen G7-Gipfel. In einem für die multilaterale Zusammenarbeit schwierigen Umfeld ist es in Biarritz gelungen, Einigkeit innerhalb der G7 sowie zum Teil zusätzlich eingeladenen Partnerstaaten zu zentralen globalen Herausforderungen herzustellen. Zu weiteren Themen veröffentlichte der französische Gastgeber Zusammenfassungen des Vorsitzes.

Die Staats- und Regierungschefs der G7 betonten ihre große Einheit und den positiven Geist ihrer Gespräche. Von den Staats- und Regierungschefs selbst wurde eine Einigung zu wirtschafts- und handels- sowie außenpolitischen Fragen erzielt. Zudem wurden beim G7-Gipfel thematische Erklärungen zu Afrika, der Digitalisierung und zur Gleichstellung von Frauen verabschiedet sowie Zusammenfassungen des französischen Vorsitzes zu den Themen Ungleichheitsbekämpfung und Umweltschutz vorgelegt.

Am 1. Januar 2020 werden die Vereinigten Staaten von Amerika die G7-Präsidentschaft übernehmen.

Weltwirtschaft und -handel

Die Staats- und Regierungschefs der G7 treten für einen offenen und gerechten Welthandel sowie für die Stabilität der Weltwirtschaft ein. Sie bitten ihre Finanzminister, die Entwicklung der weltwirtschaftlichen Lage aufmerksam zu verfolgen. Die Staats- und Regierungschefs der G7 möchten die WTO grundlegend verändern, damit geistiges Eigentum effizienter geschützt, Streitigkeiten schneller beigelegt und unlautere Handelspraktiken beseitigt werden.

Die Staats- und Regierungschefs der G7 verpflichten sich, 2020 zu einer Vereinbarung zu kommen, um im Rahmen der OECD die ordnungspolitischen Hemmnisse zu vereinfachen und die internationale Besteuerung zu modernisieren.

Außenpolitik

Die Staats- und Regierungschefs der G7 teilen bezüglich des Iran voll und ganz zwei Ziele: Dafür Sorge zu tragen, dass der Iran sich nie Atomwaffen verschaffen kann, und den Frieden und die Stabilität in der Region zu fördern.

Zur Ukraine werden Frankreich und Deutschland in den kommenden Wochen ein Gipfeltreffen im Normandie-Format ausrichten, um konkrete Ergebnisse zu erzielen.

In Libyen unterstützen die Staats- und Regierungschefs der G7 eine Feuerpause, die zu einer langfristigen Waffenruhe führen kann. Sie sind der Ansicht, dass nur eine politische Lösung die Stabilität in Libyen gewährleisten kann. Sie rufen zu einer sorg-

fällig vorbereiteten internationalen Konferenz auf, an der alle von dem Konflikt betroffenen Interessenträger und regionalen Akteure teilnehmen. Hierfür hat sich die Bundesregierung mit Nachdruck eingesetzt. Die Staats- und Regierungschefs der G7 unterstützen diesbezüglich die Bemühung der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union, eine innerlibysche Konferenz einzuberufen.

Die Staats- und Regierungschefs der G7 bekräftigen die Existenz und die Bedeutung der Chinesisch-Britischen gemeinsamen Erklärung zu Hongkong von 1984 und rufen dazu auf, Gewaltausschreitungen zu vermeiden.

Bekämpfung von Ungleichheiten

Der Vorsitz hat unter Beteiligung einschlägiger internationaler Organisationen eine Sitzung zum Thema „Bekämpfung von Ungleichheiten durch die G7“ abgehalten, um Ungleichheiten entgegenzuwirken. Der Vorsitz betonte, dass Ungleichheiten eine erhebliche Herausforderung für die globale Stabilität und den globalen Wohlstand, den Zusammenhalt unserer Gesellschaften und das Vertrauen unserer Bürger in demokratische Institutionen darstellen, und dass sie eine robuste integrative wirtschaftliche Entwicklung untergraben.

Mehrere Staats- und Regierungschefs bekräftigten, dass ein universeller Zugang zu sozialer Sicherung und bezahlbare, hochwertige Gesundheitsdienste, einschließlich medizinischer Grundversorgung, Eckpfeiler darstellen. Sie riefen zu weiteren Investitionen zur Stärkung der Gesundheitssysteme, mit besonderem Augenmerk auf unseren Mobilisierungsmaßnahmen, zur Wiederauffüllung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) auf. Die Bundeskanzlerin kündigte an, dass die Bundesregierung für die Wiederauffüllung des GFATM 1 Mrd. EUR für den Zeitraum 2020 - 2022 bereitstellen werde. Der Vorsitz informierte seine Partner über ein Treffen, das er am 23. August 2019 mit Privatunternehmen abgehalten hat, die sich für eine Reduzierung von Ungleichheiten engagieren („Business for Inclusive Growth“). Die Sitzung bot außerdem Gelegenheit zu konstruktiven Gesprächen mit Vertretern des Beratungsgremiums für Gleichstellungsfragen („Gender Equality Advisory Council“).

Gleichstellung der Geschlechter

Die G7 beschließt die Partnerschaft von Biarritz zur Gleichstellung der Geschlechter und erkennt an, dass die Gleichstellung der Geschlechter von grundlegender Bedeutung für eine umfassende und gleichberechtigte Inanspruchnahme aller Menschen-

rechte sowie für nachhaltige Entwicklung und dauerhaften Frieden ist. Die G7 bekräftigt ihre Entschlossenheit, sämtliche Formen geschlechtsspezifischer Gewalt zu verhindern und ihnen entgegenzutreten. Sie beabsichtigt, auf Basis der Biarritz-Partnerschaft ein globales Bündnis für die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit zu schmieden, das sich der umfassenden Stärkung von Mädchen und Frauen überall auf der Welt verschreibt. Sie unterstreicht ferner ihre Verpflichtung, die Möglichkeiten für eine mindestens zwölfjährige Bildung für alle Menschen zu verbessern, insbesondere in Krisensituationen sowie in fragilen oder von Konflikten betroffenen Staaten. Die G7 unterstützt den weiteren Ausbau eines freiwilligen Internationalen Fonds für Überlebende konfliktbezogener sexueller Gewalt (Mukwege-Fonds).

Zusammenarbeit mit Afrika

Die Staats- und Regierungschefs von Ägypten, Ruanda, Senegal und Südafrika sowie der Präsident der Kommission der Afrikanischen Union nahmen als Gäste am G7-Gipfel teil. Die G7 bekräftigte zusammen mit den afrikanischen Gästen die wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen multilateraler Initiativen wie dem G20 Compact with Africa gemeinsam voranzutreiben und beschloss eine Partnerschaft mit Afrika insb. in den folgenden drei Bereichen:

Die G7 und die afrikanischen Gäste rufen dazu auf, die gesellschaftlichen, rechtlichen und ordnungspolitischen Hindernisse, die einer freien und uneingeschränkten wirtschaftlichen Teilhabe und Mitgestaltungsmacht von Frauen im Wege stehen, durch Reformen anzugehen. Sie unterstützen zu diesem Zweck insbesondere die Affirmative Finance Action for Women in Africa/AFAWA-Initiative der Afrikanischen Entwicklungsbank zur Förderung von Finanzierungsmöglichkeiten für Frauen in Afrika. Die Bundesregierung wird sich mit 30 Mio. EUR für die Kapitalisierung des African Guarantee Fonds (AGF) an der Unterstützung für AFAWA beteiligen.

Die G7 und die afrikanischen Gäste verpflichten sich, umfassende Unterstützung zu leisten, um die digitale Kluft in Afrika zu überbrücken und die Digitalisierung auf dem Kontinent zu fördern. Sie rufen alle Akteure auf, zielgerichtet Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, dass die Digitalisierung allen Menschen, auch in den fragilsten Regionen, zugutekommt.

Die G7 und die afrikanischen Gäste unterstützen mehr Transparenz und höhere Standards im öffentlichen Auftragswesen, um das Geschäfts- und Investitionsklima, die Transparenz, Rechenschaftspflicht und Schuldentragfähigkeit durch die konstruk-

tive Einbindung von Regierungen, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu verbessern und so zur Korruptionsbekämpfung beizutragen.

Die G7 beschloss weiterhin einen Aktionsplan zur Sahel-Partnerschaft, in dem sie u.a. die Bemühungen der G5-Sahel-Staaten um eine Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit zur Förderung von Frieden, Sicherheit und Entwicklung in der Region sowie die Gründung der Sahel-Allianz im Jahr 2017 würdigt und internationale Organisationen und Finanzinstitutionen dazu aufruft, ihre Bemühungen um die Bekämpfung der Ursachen für die Instabilität in der Sahelzone zu intensivieren. Die Bundeskanzlerin stellte zusammen mit Frankreich die internationale Partnerschaft für Sicherheit und Stabilität im Sahel vor. Ihr Ziel ist es, durch die Verbesserung der internationalen Abstimmung, Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors und Stärkung der Sicherheitskräfte die Sicherheitsbedürfnisse zu ermitteln und die Wirksamkeit der Bemühungen um Verteidigung und innere Sicherheit zu steigern.

Digitalisierung

Die Staats- und Regierungschefs der G7 erörterten zusammen mit den Staats- und Regierungschefs Australiens, Chiles, Indiens und Südafrikas, sowie dem Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, mit welchen Strategien eine offene, freie und sichere Digitalisierung bestmöglich gefördert werden kann.

Sie erkennen an, dass das Internet und verwandte Technologien, die bei der Digitalisierung zur Anwendung kommen, Gesellschaften und wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich voranbringen. Es gebe jedoch auch negative Auswirkungen, die eine Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt und für demokratische Werte darstellen. Missbrauch im Internet in all seinen Ausprägungen betreffe besonders bestimmte Bevölkerungsgruppen, vorrangig Frauen, Minderheiten und schutzlose Nutzer, und schränke die umfassende Wahrnehmung zahlreicher Menschenrechte ein.

Die Staats- und Regierungschefs bekennen sich zur Meinungsfreiheit und zum Recht auf freie Meinungsäußerung. Sie sind der Überzeugung, dass der Zugang zu Informationen, die verschiedene Sichtweisen widerspiegeln, für die Demokratie unerlässlich ist. Trotz unterschiedlicher rechtlicher und politischer Prägungen wissen sie um den Wert eines fundierten und konstruktiven Meinungs austauschs mit einschlägigen Akteuren. Sie wurden vom französischen Vorsitz über die Fortschritte bei der Schaffung einer internationalen Partnerschaft für Informationen und Demokratie sowie über

die Ergebnisse der am 10. und 11. Juli 2019 in London abgehaltenen globalen Konferenz für Pressefreiheit in Kenntnis gesetzt, die einen Konsens bezüglich des Schutzes von Journalisten zum Ziel hatte. Die Bundesregierung begrüßt diese Fortschritte.

Die Staats- und Regierungschefs sind entschlossen zusammenzuarbeiten, um ihre Demokratien gegen unrechtmäßiges und böswilliges Verhalten und feindliche Eingriffe staatlicher und nichtstaatlicher Akteure aus dem Ausland zu wappnen. Sie beabsichtigen, ihre Fähigkeiten zum Umgang mit hybriden Bedrohungen weiter zu stärken, auch in den Bereichen Cybersicherheit, strategische Kommunikation und Spionageabwehr. Sie nehmen dabei die laufenden Arbeiten des Krisenreaktionsmechanismus der G7 zur Kenntnis.

Die Staats- und Regierungschefs nehmen die unter anderem durch den Christchurch Call und die Erklärung von Osaka der Staats- und Regierungschefs der G20 zur Verhinderung des Missbrauchs des Internets für Zwecke des Terrorismus und des den Terrorismus begünstigenden gewalttätigen Extremismus bedingte anhaltende Dynamik zur Kenntnis und arbeiten mit internationalen Partnern auf das gemeinsame Ziel eines offenen, freien und sicheren Internets hin. Sie bekräftigen, dass positive Narrative zur Bekämpfung terroristischer Propaganda weiterhin einen wichtigen Bestandteil dieser Bemühungen bilden werden. Sie wurden in Biarritz über Sichtweisen im Hinblick auf eine von mehreren Akteuren getragene Internet-Charta unterrichtet, die darauf abzielt, die positiven Aspekte des Internets zu nutzen und dabei unter Achtung unserer demokratischen Werte und der Rechtsstaatlichkeit illegale Inhalte und Aktivitäten im Netz anzugehen.

Die Staats- und Regierungschefs erkennen an, dass grenzüberschreitende Daten-, Informations-, Ideen- und Wissensströme für eine höhere Produktivität, mehr Innovationen und nachhaltigere Entwicklung sorgen, gleichzeitig jedoch Fragen in Bezug auf Privatsphäre, Datenschutz, Rechte des geistigen Eigentums und Sicherheit aufwerfen können. Vertrauensvoller freier Datenverkehr wird das Potenzial der Digitalisierung zur Entfaltung bringen. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, dass sowohl nationale als auch internationale rechtliche Rahmenbedingungen eingehalten werden sollten. Die Staats- und Regierungschefs sind sich einig, dass die von Sicherheitslücken in 5G-Netzen und in Lieferketten ausgehenden Gefahren angegangen werden müssen.

Die in Biarritz vertretenen Gesellschaften und Volkswirtschaften erfahren durch Technologien der Künstlichen Intelligenz (KI) einen radikalen Wandel. KI kann einen beispiellosen Innovations- und Wachstumskreislauf bewirken. Sie kann innovative Lösungen schaffen, um Fortschritte bei der Erreichung der Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung voranzubringen, sowie entscheidend dazu beitragen, dass manche der drängendsten Herausforderungen angegangen werden. Die Staats- und Regierungschefs erkennen an, dass KI Gesellschaften, die Weltwirtschaft und die Zukunft der Arbeit verändert und das Potential hat, zum Wohlstand und Wohlergehen der Menschen beizutragen, dass jedoch auch negative Auswirkungen auf Wirtschaft, Privatsphäre und Datenschutz auftreten können, sowie Folgen für die Demokratie.

Die Staats- und Regierungschefs erkennen die Notwendigkeit, eine verantwortungsvolle, auf Menschenrechten, Inklusion, Vielfalt, Innovation und Wirtschaftswachstum fußende Weiterentwicklung von KI zu fördern und zu steuern. Sie werden weiterhin Möglichkeiten ausloten, um die Arbeit auf dem Gebiet der KI voranzubringen und regelmäßig interdisziplinäre Forschungsergebnisse zu Themen und bewährten Verfahren aus dem Bereich KI zu erfassen und auszutauschen sowie internationale Initiativen auf diesem Gebiet zusammenzuführen. Sie erkennen in diesem Zusammenhang die Globale Partnerschaft zu KI - eine von Kanada und Frankreich vorgeschlagene Initiative - ebenso an, wie weitere verwandte Initiativen. Hierzu hat sich die Bundesregierung intensiv eingesetzt. Die Staats- und Regierungschefs begrüßen die Bereitschaft der OECD, die Arbeit zur Weiterentwicklung der KI im Einklang mit ihrer im Mai 2019 angenommenen Empfehlung zur Künstlichen Intelligenz zu unterstützen.

Klima, Biodiversität und Ozeane

Der Vorsitz hat unter Beteiligung der Staats- und Regierungschefs Ägyptens, Australiens, Burkina Fasos, Chiles, Indiens, Ruandas, Senegals und Südafrikas sowie des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, des Präsidenten der Weltbank, des OECD-Generalsekretärs, des Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union und des Präsidenten der Afrikanischen Entwicklungsbank in Biarritz eine G7-Sitzung zum Thema „Klima, Biodiversität und Ozeane“ abgehalten.

Der Vorsitz betonte dabei die besondere Bedeutung, die der Schutz des Planeten und der Ozeane für die Akteure vor Ort und die Zivilgesellschaft hat. In diesem Zusammenhang erinnerte der Vorsitz daran, dass es sich bei Klimawandel, Verlust bio-

logischer Vielfalt sowie der Verschlechterung des Zustands von Ozeanen und Böden um drei große zusammenhängende globale Herausforderungen handelte, die eine Bedrohung für Frieden, Sicherheit, Entwicklung, Gesundheit und wirtschaftliche Stabilität vor allem in den am stärksten gefährdeten Ländern darstellten. Unter Anerkennung der unterschiedlichen Herangehensweisen erklärte der Vorsitz, dass die G7 und ihre Partner über die Kapazitäten verfügten, bei diesen drängenden Fragen ehrgeizig in führender Rolle voranzuschreiten. Die Bundesregierung teilt diese Position. Die Staats- und Regierungschefs erörterten, wie wichtig es ist, Wirtschaftswachstum und gemeinsamen Wohlstand zu fördern und einen gleichberechtigteren Zugang zu emissionsarmer, effizienter, bezahlbarer und zuverlässiger Energie im Einklang mit den jeweiligen einzelstaatlichen Klimazielen und Emissionssenkungsstrategien sowie dem Schutz der Umwelt und der Ozeane zu fördern.

Die Staats- und Regierungschefs wurden vom VN-Generalsekretär über den Klimaaktionsgipfel informiert, den er am 23. September 2019 ausrichten wird, um im Einklang mit den im Übereinkommen von Paris eingegangenen Verpflichtungen Klimaschutz- und Klimafinanzierungsmaßnahmen für eine emissionsarme und klimaresiliente Entwicklung und den Schutz von Ökosystemen auszuweiten.. In diesem Zusammenhang nahm der Vorsitz zur Kenntnis, dass mehrere beteiligte Länder bereits ihren Willen bekundet haben, ihre national festgelegten Beiträge (NDCs) im Sinne des Übereinkommens von Paris bis 2020 gemeinsam noch ehrgeiziger zu steigern. Die Staats- und Regierungschefs wurden darüber in Kenntnis gesetzt, dass die COP 25 dem Schutz der Ozeane eine besondere Bedeutung beimessen, die Schlüsselrolle der Wissenschaft hervorheben und die Notwendigkeit eines von mehreren Akteuren getragenen Ansatzes mit deutlichem Schwerpunkt auf Anpassungsmaßnahmen, auch seitens des Privatsektors und der Zivilgesellschaft, betonen wird. Die Rolle, die die NDC-Partnerschaft dabei spielt, Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Umsetzung ihrer NDCs zu unterstützen und ihren Ehrgeiz zu steigern, wurde von mehreren Staats- und Regierungschefs anerkannt. Mehrere G7-Staaten kündigten ehrgeizige Beiträge in Höhe von insgesamt 5,5 Mrd. US-Dollar an, um zur Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds beizutragen; in diesem Sinne hatte die Bundesregierung bereits im Vorfeld eine Verdopplung ihres Beitrages auf 1,5 Mrd. EUR angekündigt. Andere arbeiten nach wie vor an der Finalisierung ihrer Beiträge. Gemeinsam riefen sie andere dazu auf, einen Beitrag zu einer erfolgreichen und

substanziellen ersten Wiederauffüllung zu leisten, um die Wirkungskraft des Fonds zu stärken.

Ausgerichtet an diesen Herausforderungen wurden mehrere Initiativen erörtert, etwa die Mobilisierung des „International Development Finance Club“ (IDFC) und der Multilateralen Entwicklungsbanken (MDBs) für CO₂-arme und resiliente Entwicklungswege und die „Carbon Neutrality Coalition“, die das Ziel verfolgt, langfristige Strategien für das schrittweise Erreichen von CO₂-Neutralität zu entwickeln.

Auch der Schutz der Biodiversität und der Ozeane stand im Zentrum der Diskussionen. Die Staats- und Regierungschefs billigten die G7-Charta von Metz über Biodiversität und verpflichteten sich, im Vorfeld der 15. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt einzeln oder gemeinsam rasch Maßnahmen im Bereich Biodiversität zu ergreifen. Die Staats- und Regierungschefs erkannten an, dass marine und terrestrische Ökosysteme unbedingt erhalten bleiben müssen, auch durch naturnahe Lösungen und Kreislaufwirtschaft, und dass der Kampf gegen die Vermüllung der Meere unbedingt fortgeführt werden muss. Der Vorsitz betonte, wie wichtig der Abschluss einer robusten und ehrgeizigen VN-Übereinkunft über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche ist.

Die Staats- und Regierungschefs begrüßten es, dass der Weltnaturschutzkongress der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur (IUCN), der im Juni 2020 in Marseille stattfinden wird, sich einen besseren Umgang mit unserer Umwelt für eine nachhaltige menschliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zum Ziel gesetzt hat. Sie sehen der 15. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im Oktober 2020 im chinesischen Kunming erwartungsvoll entgegen.

Die Staats- und Regierungschefs erkannten die Bedeutung der vom 29. August bis zum 13. September 2019 in New Delhi anberaumten 14. Vertragsstaatenkonferenz des VN-Übereinkommens zur Bekämpfung der Wüstenbildung an und betonten, wie wichtig es ist, eine weitere Degradation zu vermeiden, indem degradierte Flächen wiederhergestellt werden. Die auf dem Gipfeltreffen von Elmau 2015 aufbauende Arbeit der globalen Partnerschaft InsuResilience wurde explizit gewürdigt.

Die Staats- und Regierungschefs wurden von Vertretern der Zivilgesellschaft über vier von unterschiedlichen Akteuren getragene Bündnisse informiert, die sich mit

konkreten Gefahren für das Klima, die biologische Vielfalt und die Weltmeere befas-
sen: die „Maritime Coalition for Climate and Environment“ (maritime Koalition für Kli-
ma und Umwelt); die „Biarritz Pledge for Fast Action on Efficient Cooling“ (Verpflich-
tung von Biarritz über rasches Handeln für Effizienz im Kühlbereich); die „Sustainable
Fashion Coalition“ (Koalition für Nachhaltigkeit in der Modebranche) sowie die „One
Planet Business Coalition for Biodiversity“ (Ein Planet: Unternehmenskoalition für
Biodiversität). Auch die Bundesregierung unterstützt internationale Allianzen für
nachhaltige Entwicklung. Die Staats- und Regierungschefs diskutierten darüber hin-
aus die verheerenden Brände im Amazonas-Regenwald. Der Vorsitz betonte die
herausragende Bedeutung des Amazonas-Regenwalds für Klimaschutz und Arten-
vielfalt; die Bundesregierung teilt diese Einschätzung. Die Bundeskanzlerin stellte in
Biarritz kurzfristig Hilfe, insbesondere zum Löschen der Brände, in Aussicht. Zudem
betonte die Bundeskanzlerin die Bedeutung eines langfristigen Ansatzes zur Wieder-
aufforstung und kündigte hierzu weitere Gespräche mit Brasilien an.